

299/AB

Die Abgeordneten AUER und Kollegen haben am 21. 3. 1996 unter der Nr. 348/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betr. "Gewalt im Zusammenhang mit der Kraftwerksbaustelle Lambach" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

" 1. Welche Maßnahmen wurden von den Sicherheitsbehörden gesetzt, um Angriffe auf den Landeshauptmann von Oberösterreich zu verhindern?

2. Wie konnte es dennoch zu dem Faustschlag kommen?

3. Was werden Sie zur Ausforschung des Täters unternehmen?

4. Wie beurteilen Sie, im Lichte dieses Vorfalles, insgesamt die Gewaltbereitschaft der Demonstranten auf der Kraftwerksbaustelle Lambach?

5. Was werden Sie unternehmen, um weitere Gewaltakte zu verhindern?

6. Wie beurteilen Sie die Besetzung der Baustelle in rechtlicher Hinsicht?

7. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

8. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um zu gewährleisten, daß die OKA ihre behördlich genehmigten Baumaßnahmen frei von rechtswidrigen Störungen durch Bauplatzbesetzer durchführen kann?

9. Welche Kosten hat der Exekutiveinsatz zum Schutz der Kraftwerksbaustelle bisher verursacht? "

Diese Anfrage beantwortete ich wie folgt :

Zu Frage 1 .

Am 19. 3. 1996 wurde der Bereich der Veranstaltung von mehreren Exekutivbeamten bewacht. Nach Eintreffen des Herrn Landeshauptmannes wurde dieser auf seinem Weg zum Marktgemeindeamt Stadl-Paura noch von zwei Beamten der Sicherheitsdirektion Oberösterreich und vier Gendarmeriebeamten körperlich gedeckt und gesichert .

Zu Frage 2 .

Der Herr Landeshauptmann mußte durch eine aufgebrachte und dicht gedrängte Menschenmenge geschleust werden, um das Marktgemeindeamt seinem Wunsch gemäß durch den Vordereingang betreten zu können. Da die Menschenmenge bis an die schützenden Beamten heranreichte, konnte ein Demonstrant an ihnen vorbei den Herrn Landeshauptmann mit der Faust erreichen .

Zu Frage 3 .

Nach dem T.,ter wird nach wie vor gefahndet, bisher konnte jedoch kein Tatverd.,chtiger ermittelt werden. Es wurde bereits Anzeige gegen unbekannte T.,ter an die Staatsanwaltschaft Wels erstattet .

Zu Frage 4 .

Die Gewaltbereitschaft der Demonstranten wird im allgemeinen nicht als erheblich bezeichnet bzw. ist nur auf

wenige bestimmte Personen beschr.,nkt. Im Gegensatz dazu war am 19 . 3 . 1996 vor dem Haupteingang des Marktgemeindefamtes von Stadl-Paura eine „uáerst aufgebrachte Menschenmenge anwesend, wobei der Herr Landeshauptmann nicht nur verbal, sondern auch mit dem erw.,hnten Faustschlag angegriffen wurde.

Zu Frage 5 .

Wie bisher wird auch in Zukunft danach getrachtet werden, durch Einsatz einer entsprechenden und bedarfsangepaáten Anzahl von Sicherheitsorganen Gewaltakte zu verhindern bzw. durch beruhigende Maánahmen es gar nicht soweit kommen zu lassen.

Zu Frage 6 .

In rechtlicher Hinsicht wurde die Besetzung der Baustelle je nach Voraussetzung als Besetzung nach \_ 37 Sicherheitspolizeigesetz oder als (nicht angemeldete) Versammlung gem. \_ 2 Abs . 1 Versammlungsgesetz gewertet.

Zu Frage 7 .

Es wurden jeweils Aufl”sungen von Besetzungen oder Aufl”sungen von Versammlungen vorgenommen. In jedem Fall wurde versucht, die Aktivisten zur Herstellung des rechtm.,áigen Zustandes zu bewegen, was in einigen F.,llen auch gelungen ist .

Zu Frage 8 .

Da derzeit am Kraftwerksgel.,nde nicht gearbeitet wird, kann es zu keinen St”rungen und damit auch zu keinen beh”rdlichen Maánahmen kommen. Sollte es zur Wiederaufnahme der Arbeiten kommen, werden je nach Rechtslage und der dann tats.,chliche vorliegenden Situation die entsprechenden sicherheitspolizeilichen Maánahmen gesetzt werden.

Zu Frage 9 .

F r die Eins.,tze zum Schutz der Kraftwerksbaustelle sind in der Zeit von J.,nner bis M.,rz 1996 ca. 3,5 Millionen Schilling f r úberstunden, Gefahrenzulage, Reisegeb hren, Bereitschaftsentsch.,digungen und Treibstoffkosten angefallen.